

An den Bieler Gesamtgemeinderat
z.Hd. Stadtpräsident Erich Fehr
Blöschhaus
2501 Biel

Biel/Bienne, 24. März 2022

Offener Brief und überparteiliche Fraktionserklärung vom 24. März 2022

**Verlängern der Bewilligung für die Containersiedlung in Biel/Bözingen für die
abgewiesenen Menschen in der Nothilfe**

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte der Stadt Biel

Ausserordentliche Umstände erfordern ausserordentliche Massnahmen! Deshalb fordern wir, in Absprache mit dem Verein «Alle Menschen / tous les êtres humains» und 800 Petitionärinnen und Petitionären, dass die Stadt Biel dem Kanton Bern umgehend mitteilt, dass sie auf den Entscheid zurückkommt und die Containersiedlung in Bözingen durch den Kanton vorläufig weiter betrieben werden kann, und dass die Frist um mindestens ein Schuljahr verlängert wird. Alle Abgewiesenen und ihre Kinder, die bisher in Biel waren und noch sind, sollen hierbleiben oder zurückkehren können. Es sollen keine Umsiedlungen nach Enggistein oder andere Orte vorgenommen werden.

Als Auflage könnte die Stadt Biel fordern, dass der Kanton sich verpflichtet, die bestehende Infrastruktur auf Vordermann zu bringen, notwendige Reparaturen rasch vorzunehmen, um den Bewohnenden ein Leben in Würde zu ermöglichen. Für die Kinder sollen Spiel- und Aufenthaltsräume zur Verfügung stehen und der Aussenraum insbesondere für die Kinder besser gestaltet werden. Die zahlreichen vom Verein «Alle Menschen / tous les êtres humains» befragten Bewohnerinnen und Bewohner von Bözingen selber möchten dort bleiben und nicht umgesiedelt werden, denn das Zusammenleben hat sich eingespielt und die Freiwilligen haben in aufwändiger Arbeit gute Beziehungen zu den Menschen aufgebaut. Die Kinder sind in den Schulen integriert und werden von der schulischen und der kindermedizinischen Infrastruktur der Stadt Biel/Bienne gut betreut.

Zum jetzigen Zeitpunkt – im Zuge der Flüchtlingswelle aus der Ukraine – eine einigermaßen geeignete Kollektivunterkunft zu zerstören, käme einem Schildbürgerstreich gleich. Es muss Platz für Ukrainerinnen und Ukrainer gefunden werden, aber nicht auf Kosten anderer Flüchtlinge, im Gegensatz zu dem, was derzeit im Rigot-Zentrum in Genf geschieht und uns Sorgen bereitet. Die Stadt sollte deshalb dem Kanton ein deutliches Zeichen geben, dass sie aufgrund der geänderten Ausgangslage die Bewilligung um vorerst ein Jahr bis Mitte 2023 verlängert. Die Stadt soll aber auch einfordern, dass alle bisher dort lebenden Menschen in Bözingen bleiben können. Und wer schon in Enggistein ist, soll nach Biel verlegt werden (gemäss unseren Informationen sind dies 5 Frauen mit Kindern). Die Stadt Biel/Bienne soll dem Kanton vorschlagen, dass «Enggistein» kein «Rückkehr»-Zentrum wird, sondern vielmehr einigen ukrainischen Familien Schutz bieten soll.

Wir bitten den Gemeinderat zudem öffentlich zu kommunizieren ob und welche Lösungen er gedenkt für ukrainische Flüchtlinge anzubieten.

Die Container von Bözingen sind im aktuellen Zustand grundsätzlich keine Lösung. Die Stadt soll weiterhin dafür einstehen, dass menschenwürdige Wohn- und Lebensbedingungen

geschaffen werden und in Biel nach Nachfolgelösungen gesucht wird. Dabei ist der Kanton genauso in der Pflicht, seine Aufgaben wahrzunehmen.

Wir danken dem Gemeinderat für ein schnelles und pragmatisches Handeln im Interesse aller Beteiligten und Betroffenen.

Im Namen folgender Parteien und Fraktionen

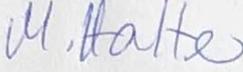
Passerelle

Ruth Tennenbaum



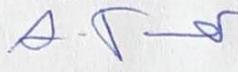
PDA

Marisa Halter



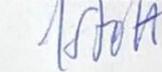
SP/Juso Fraktion

Anna Tanner



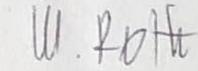
Groupe PSR

Joseline Stolz



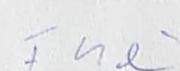
Fraktion Grüne

Myriam Roth



EVP

Franziska Molina



Die Mitte

Mohamed Hamdauoi

